
Zukunft der Einheitsgewerkschaft

Statement Klaus Wiese­hügel, Vorsitzender der IG BAU

Nach den Referaten des Vormittags will ich mich einigen Problembereichen unseres Themas zuwenden: Ich beginne mit dem Gegensatz zwischen Einheitsgewerkschaft und Richtungsgewerkschaft. Einheitsgewerkschaft ist nicht gleichbedeutend mit Politikverzicht. Im Gegenteil: Wir müssen sogar noch politischer werden. Dabei wiederum ist parteipolitische Unabhängigkeit wichtiger denn je, nachdem fast alle Parteien in die neue Mitte drängen. Wir müssen uns als Gewerkschaften eigenes politisches Profil schaffen.

Ein weiterer Aspekt, der sich der Einheitsgewerkschaft bisher nicht gestellt hat: Nach der Wiedervereinigung haben wir eine völlig andere Arbeitswelt. Das führt dazu, dass wir im Osten zunehmend ein einheitsgewerkschaftliches Problem mit der PDS bekommen. Wir haben festzustellen, dass eine Menge unserer Kollegen PDS wählt und sich auch klar dazu bekennt. Wir müssen damit anders umgehen, als wir in den achtziger Jahren mit der DKP umgegangen sind. Es geht hier nicht einfach um eine kommunistische Partei, es ist eine Ostbewegung, auf sozialistischem Fuß­e stehend. Damit müssen wir uns viel intensiver auseinander setzen.

Wichtig für die Einheitsgewerkschaft bleibt das Prinzip: „Ein Betrieb - eine Gewerkschaft“. Das Auspielen der Gewerkschaften untereinander hat ohnehin schon Formen angenommen, die nicht immer erfreulich sind. Gerade in Bereichen, um die sich die Öffentlichkeit nicht so sehr kümmert, findet heute eine Tarifkonkurrenz statt, die geradezu mörderisch ist und die fast schon mit Markteroberung vergleichbar ist. Darunter leiden im Grunde diejenigen, die Objekte der Begierde sind: zukünftige Mitglieder. Übrigens ist nicht immer derjenige erfolgreich, der Dumpingpreise anbietet, um Kunden zu bekommen. Dennoch findet dieses Dumping statt. Ohne den Grundsatz „Ein Betrieb - eine Gewerkschaft“ würde das alles noch viel problematischer. Dann würden wir wahrscheinlich in eine Konkurrenzsituation untereinander kommen, die mit dem massiven Abbau von Tarifansprüchen der Mitglieder in diesen Bereichen endet. Manch einer mag es sich vielleicht wünschen, aber das kann keiner von uns sein.

Zum DGB: Man muss ihn mehr als Koordinator begreifen. Es ist zum Beispiel katastrophal, dass die Gewerkschaften in städtischen Gewerbegebieten mit unterschiedlichen Branchen und mittelständischer Struktur nicht genügend Fuß fassen können. Hier müsste der DGB eine viel stärkere Rolle übernehmen. Die Frage ist nicht, ob der DGB das will, die Frage ist, ob wir den DGB in die Lage versetzen, das zu tun.

Ich komme zu einem weiteren Fragenkomplex: Seit 1990 leben wir in einem Land, das aus zwei Regionen besteht, die mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen groß geworden sind. Auch bei dieser Veranstaltung heute hat man wieder das Gefühl, dass es nur um die fünfzig Jahre DGB in den drei Westzonen geht. Die Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft im Osten sind einem brutalen reinen Kapitalismus ausgesetzt. Es geht dort mit einer Rigidität zu, die wir im Westen in der Form nicht gekannt haben. Wenn wir diese Art von Ost-West-Gegensatz nicht überwinden und tatsächlich eine gemeinsame gewerkschaftliche Antwort darauf fin-

den, stellt das für die Gewerkschaften eine große Gefahr dar. Was an Zerschlagung von gewerkschaftlichen Möglichkeiten im Osten stattfindet, wandert langsam in den Westen hinüber. Ich hätte früher nie geglaubt, dass es tatsächlich Maurer, Zimmerleute oder andere Kumpels vom Bau gibt, die, wenn der Chef sagt, du kannst deinen Arbeitsplatz nur behalten, wenn du für eine Mark weniger arbeitest, das dann auch tun. Diese Erscheinung gab es einfach nicht in unserer Welt des braven westdeutschen BRD-Gewerkschaftslebens. Das ist im Osten gang und gäbe. Die Gewerkschaften müssen sich dringend um die Tarife und deren Einhaltung im Osten kümmern. Das Ausmaß dieses Problems wird noch nicht richtig erkannt.

Zum nächsten Punkt: Entgewerkschaftung. Wir sind da stark, wo die Menschen sich mit der Organisation identifizieren. Davon hängt der Organisationsgrad entscheidend ab. Deshalb brauchen wir passende Angebote für alle Branchen, auch innerhalb von großen Gewerkschaften. Tatsache ist, dass die Zahl der industriellen Arbeitsplätze zurückgeht. Dort werden die früheren Beschäftigtenzahlen auch nie wieder erreicht werden. Wer einen solchen Traum träumt, der träumt einen falschen Traum. Wir haben uns zu fragen, was wir in der Vergangenheit vernachlässigt haben. Ich habe die Sorge, dass die gegenwärtigen Zusammenschlüsse von Gewerkschaften keine Antwort darauf sind.

Nun zum Thema Solidarität als Substanz von gewerkschaftlicher Interessensvertretung. Solidarität ist meines Erachtens nicht nur ein Mythos. Es stimmt: Die Solidarität der Gewerkschaften untereinander wächst nicht, sondern nimmt ab. Jeder denkt in erster Linie an die eigene Organisation. Und der DGB begeht dann, in seiner Not, erste Sündenfälle: Die Frage des Rechtsschutzes ist für mich ein Ende der Solidarität innerhalb des DGB gewesen. Der Rechtsschutz ist immer gemeinsame Aufgabe des DGB gewesen. Dabei gab es natürlich Gewerkschaften, die profitiert haben und solche, die weniger profitiert haben. Das war ein Stück Solidarität. Wer diese Solidarität untereinander so sträflich und so schnell beiseite schiebt, muss sich nicht wundern, wenn das Folgen hat, auch für den Umgang miteinander.

Ich habe Frau Deckstein interessiert zugehört. Einiges von dem, was sie sagt, dürfte nicht so ganz falsch sein. Ich glaube allerdings, dass die meisten Arbeitnehmer noch für längere Zeit eine Arbeitswelt erleben werden, wie wir sie jetzt haben. Das Problem dabei ist, dass der Anteil der Verlierer größer wird. Das ständige Suchen nach einem neuen Job z. B. kann für junge Leute einen gewissen Reiz haben, aber im Alter lässt die Flexibilität nach. Das ist ein völlig natürlicher Vorgang und niemandem vorzuwerfen. Deshalb muss es nach meinem Dafürhalten z. B. einen großen Teil-Arbeitsmarkt geben, in den sich Leute zurückziehen können, die das flexible Herumrasen durch die Welt irgendwann leid sind.

Und ich werde auch einem arbeitslos gewordenen Bauarbeiter zukünftig nicht guten Gewissens raten können, sich nebenan als Programmierer zu bewerben. Damit macht man es sich zu einfach. Die Antwort, die ich ihm geben muss, lautet: Es gibt jetzt für dich keine Arbeit, und es wird sie auch nicht mehr geben. Es gibt neue Arbeitsplätze, aber wie kriegen wir es hin, dass du in dieser Welt noch einmal sinnvoll beschäftigt werden kannst? Wir können nicht jeden mit einem bestimmten Alter und einer bestimmten Qualifikation, die er bis dahin erworben hat, auf die neue Arbeitswelt umschulen. Aber wir können auch andere Antworten geben, wie man z.B. früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden kann. Oder wie man gesellschaftlich notwendige Arbeit gemeinsam finanzieren kann. Man kann doch nicht Millionen von Menschen einfach beiseite stellen und sagen: Ist halt eine neue Welt, müsst ihr euch dran gewöhnen. Das wird nicht ohne Folgen für unser demokratisches Miteinander bleiben. Überlassen wir alles dem Markt, dann sind die Menschen schließlich nicht nur von der Politik enttäuscht, sondern auch von den Gewerkschaften.